

# VORSCHAU

Materialunverträglichkeiten bei Implantaten

## Neue S3-Leitlinie



Echte Allergien auf Titan sind extrem selten. Klassische Allergietests sind daher nicht zielführend. In der international ersten Leitlinie „*Materialunverträglichkeiten bei dentalen, endossalen Implantaten*“ empfehlen die Fachleute von 18 wissenschaftlichen Fachgesellschaften und Organisationen – darunter der BDIZ EDI – unter Federführung der DGI einstimmig, auf solche Tests zu verzichten. Die Experten geben dabei Entscheidungshilfen, in welchen Fällen Patienten von einer erweiterten Diagnostik profitieren können und wie Befunde und Symptome bewertet werden sollten. Entscheidend für die Diagnostik von Unverträglichkeiten sei die klinische Symptomatik, da eine Kontaktallergie auf Titan nicht wahrscheinlich ist. Bei Verdacht, dass zahnprothetische Materialien, etwa Aluminium, Kobalt oder Nickel, in Implantatlegierungen oder Suprakonstruktionen die Auslöser eines allergischen Kontaktekzems sein könnten, kann eine Allergietestung, etwa der Epikutantest, sinnvoll sein. Die gesamte S3-Leitlinie steht auf der Seite der AWMF:



Quellen: Quintessenz, DGI, AWMF

Gesetzentwurf zu medizinischen Registern für Herbst geplant

## Nutzung von Gesundheitsdaten

Die Bundesregierung bereitet drei Gesetze zum Umgang unter anderem mit gesundheitsbezogenen Daten vor. „Zeitnah“ soll der Entwurf für ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz präsentiert werden. Im Herbst soll der Entwurf eines Gesetzes „zur Stärkung medizinischer Register“ veröffentlicht werden. Das hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag angekündigt. Ziel des letztgenannten Gesetzgebungsvorhabens soll es sein, Nutzbarkeit und Zugang zu vorhandenen medizinischen Registerdaten zu verbessern. Am wenigsten weit entwickelt scheint das ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehene Forschungsdatengesetz zu sein. Das Bundesforschungsministerium habe in diesem Frühjahr dazu ein Anhörungsverfahren interessierter Akteure gestartet. Die Rückmeldungen zu dieser Konsultation würden nun ausgewertet – eine Zeitschiene für das Gesetzgebungsverfahren nennt die Bundesregierung dabei nicht (siehe QR-Code).



Quelle: Ärzte Zeitung

Bundes-KZV startet Kampagne

## "Zähne zeigen" als Reaktion auf das GKV-FinStG

Als Reaktion auf das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz hat die KZBV die bundesweite Kampagne „Zähne zeigen“ gestartet – gemeinsam mit den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen der Länder und im Schulterschluss mit der Bundeszahnärztekammer, den Länderzahnärztekammern und Verbänden „Trotz der einzigartigen Erfolge der Prävention in der zahnärztlichen Versorgung und der damit über die letzten Jahrzehnte erzielten Einsparungen für das Gesundheitssystem wurden mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz die Mittel für zahnärztliche Leistungen durch strikte Budgetierung begrenzt“, sagte Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstands der KZBV, zum Kampagnenstart am 1. Juni. Zentrale Plattform der Kampagne ist die Website [zaehnezeigen.info](http://zaehnezeigen.info), auf der sich Patienten, aber auch Praxispersonal über die Folgen des GKV-FinStG für die Patientenversorgung informieren können. In den kommenden Wochen werden bundesweit in Zahnarztpraxen Informationsmaterialien unter dem Motto „Zähne zeigen“ mit der Botschaft „Diagnose Sparodontose“ auf die Kampagne hinweisen.

Quelle: KZBV, [www.zaehnezeigen.info](http://www.zaehnezeigen.info)